

Städtische Angelegenheiten.

* Die Wahlordnungsvorschläge des Bürgermeisters. In der vorgestern stattgefundenen Sitzung des Verbandes der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte besprach der Obmann Stadtrat Doktor Sein die Vorschläge des Bürgermeisters betreffend die Aenderung der Gemeindevahlordnung, und wies darauf hin, daß der Verband prinzipiell für das allgemeine gleiche Wahlrecht mit Verhältniswahl eintrete. Wenn man aber, wie es Bürgermeister Dr. Weiskirchner vorschlägt, eine erste Kurie schaffen wolle, dann könnte diese naturgemäß nur den Zweck haben, dem Besitz und der Intelligenz eine Vertretung zu sichern. Die vom Bürgermeister geplante Zusammenziehung der ersten Kurie kehe zu diesem Zwecke im Widerspruche. Nach diesem Vorschlage werden die Einkommensteuerträger des Wahlrechtes in der ersten Kurie beraubt; ebenso werden die Intelligenzwähler Beschränkungen unterworfen. Soweit dem Besitz und der Intelligenz ein Wahlrecht in der ersten Kurie zugestanden wird, ist dieses nur ein Scheinwahlrecht. Die Bestimmungen über das Frauenwahlrecht würden dessen Anhängern gewiß nicht genügen. Die geplante Zusammenziehung der Wahlbezirke in der allgemeinen Kurie ist eine ganz willkürliche, in dem innere Bezirke mit äußeren Bezirken zusammengeworfen und dadurch in ihrer Vertretung beeinträchtigt werden. Das freiheitliche Bürgertum werde daher gegen die Vorschläge des Bürgermeisters entschieden Stellung nehmen. An diesen Bericht knüpfte sich eine Wechselrede. Stadtrat v. Schwarz-Hiller bekämpfte insbesondere die Bestimmungen über die Sechshaftigkeit und trat dafür ein, daß ganz Wien einen Wahlbezirk bilden solle. Auch die anderen Sprecher erklärten die Vorschläge des Bürgermeisters als unannehmbar.